

Erzgeb. Volksfreund.

W. Tageblatt und Amtsblatt W.

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels

Telegraphen-Adressen:
Volksfreund Schneeberg.
Verantwortlicher:
Schneeberg 10.
Aue 81
Schwarzenberg 18.

Nr. 46.

Mittwoch, den 25. Februar 1914.

67. Jahrg.

Auf Blatt 487 des Handelsregisters ist heute die Firma **Erzgeb. Rüstee-Fabrik Aue, Johannes Trabe** in Aue und als deren Inhaber der Typograph **Hermann Johannes Trabe** daselbst eingetragen worden.

Rönigliches Amtsgericht Aue, den 20. Februar 1914.

Widerruf. Die für Mittwoch, den 25. Februar 1914 vorm. 1/10 Uhr anberaumte Versteigerung (Piano betr.) findet nicht statt. Aue, am 24. Febr. 1914. Der Gerichtsvollzieher des kgl. Amtsgerichts.

Donnerstag, den 26. Februar 1914 nachm. 1/2 2 Uhr sollen in Aue 1 Radenstapel (Steinig), 1 großes Radenregal mit Räden, 2 Regale, 1 Glas-schaukasten, 1 Eisschrank, 1 Papierapparat, 3 Tafelwagen mit Gewichten, 1 Treppenleiter und eine Partie versch. Materialwaren gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Wieder sammeln sich in Wiegels's Restauration (Friedrich August-Strasse). Der Ort der Versteigerung wird daselbst bekannt gegeben werden.

Aue, am 24. Febr. 1914. Der Gerichtsvollzieher des kgl. Amtsgerichts.

Schneeberg. Ziehfinderwesen.

Die Annahme von Ziehfindern darf nicht ohne unsere Erlaubnis, die schriftlich gegeben wird, erfolgen. Die Pflege und Behandlung der Ziehfinder unterliegt außerdem der Beaufsichtigung durch den Frauenverein Schneeberg, die hiesige Gemeindefrauenvereinsleitung und die Armenpfleger.

Unter einem Ziehfind wird jedes Kind bis zu dessen Entlassung aus der Volksschule verstanden, das in einer fremden Familie erzogen wird. Das Ziehfind ist also mit seinen Pflegeeltern nicht verwandt. Ein Kind ist also auch schon dann als Ziehfind zu betrachten, wenn die Kindesmutter im Haushalt der Pflegeeltern mit wohnt.

Wer ein Ziehfind in Pflege nimmt oder in Pflege gibt, hat das unverzüglich beim hiesigen Armenamt — Rathaus, Zimmer 10 — zu melden; daselbst ist auch unverzüglich jede Veränderung eines Ziehfinderverhältnisses zu melden.

Zu widerhandlungen hiergegen werden mit Geld bis zu 50 Mk. bestraft. Wer jetzt ein Ziehfind in Pflege hat, hat dies bis Ende dieses Monats beim hiesigen Armenamt ebenfalls zu melden; dies soll geschehen, um die Zahl der Ziehfinder jetzt festzustellen.

Schneeberg, am 20. Februar. 1914.

Der Stadtrat.

Grünhain. Die am 20. dss. Mts. fällig gewordenen **Stadtsan-lagen** auf den 1. Termin 1914 sind bis zum **7. März dss. Js.** an die hiesige Stadtsteuerelndnahme zu befehlen. Grünhain, am 23. Februar 1914. Der Bürgermeister.

I. Bürgerschule zu Aue.

Anmeldungen für die Mädchensektion (freiwilliges 9. Schuljahr) der I. Bürgerschule werden jederzeit noch entgegen genommen.

Die Mädchensektion erhält in folgenden Fächern Unterricht:
1. Deutsche Sprache und Literatur. 2. Französisch. 3. Haushaltungskunde und Rechnen. 4. Nadelarbeit. 5. Englisch. 6. Zeichnen. 7. Turnen. 8. Singen. 9. Stenographie.

1—4 sind Pflicht, 5—9 sind Wahlfächer.

In die Mädchensektion werden auch Schülerinnen von auswärts aufgenommen.

Sprechstunden des Direktors:

Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends von 11—12 Uhr.

Aue, am 23. Februar 1914. Die Schuldirektion.

Gewerbeschule zu Aue, Mehnertstraße 29.

Anmeldungen für die Osteraufnahmen 1914 werden von jetzt ab bis zum 31. März entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist das Schulgeld für das erste Vierteljahr zu entrichten.

Persönliche Vorstellung des Schülers ist erwünscht.

Anmeldezeiten: Sonntags von 8—11 Uhr vorm.; Montags, Mittwochs und Freitags von 6—7 Uhr abends.

Die Direktion der Gewerbeschule. Bang.

Niederschlesien. Deffentliche Gemeinderatsitzung

Mittwoch, den 25. Februar 1914 abends 7 Uhr im Rathaus.

Die französischen Arbeiter-Produktivgenossenschaften.

Ein vom französischen Arbeitsministerium herausgegebener Bericht teilt mit, daß die Gesamtzahl der in Frankreich vorhandenen Arbeiter-Produktivgenossenschaften vom 1. Januar 1912 bis Ende des Jahres von 496 auf 476 gesunken ist.

Von diesen Genossenschaften haben 466 ihre Mitgliederzahl angegeben, die sich insgesamt auf 19097 belief, was nur einen verschwindend geringen Bruchteil der französischen Gesamtarbeiterzahl ausmacht. 409 Verbände haben auch Angaben über die Zahl der tatsächlich im Betriebe beschäftigten Arbeiter gemacht; diese betrug von der Gesamtmitgliederzahl (16400) 9033, also nur 55,08 Prozent. Die nicht mitarbeitenden 44,02 Prozent spielen vermutlich größtenteils die Rolle von Kapitalisten, die nur die Betriebsmittel zur Verfügung stellen und dafür einen Anteil am Gewinn der Unternehmung beziehen. Daß diese Genossenschaften als Arbeitgeber nicht anders als privatkapitalistische Unternehmer auftreten können, zeigt die mit der sozialistischen Idee doch nicht recht im Einklang zu bringende Tatsache, daß „in normalen Zeiten“, d. h. bei ordentlichem Geschäftsgang, Tausende von Hilfsarbeitern beschäftigt und bei niedrigergehender Konjunktur wieder entlassen, also „auf die Straße gesetzt“ werden. Solcher Leute, welche die Sozialdemokratie sonst immer als „ausgebeutete Lohnsklaven“ bezeichnet, waren in 316 Genossenschaftsbetrieben nicht weniger als 6993 beschäftigt, während die Zahl der Mitglieder nur 6697 betrug, also mehr Ausgebeutete als Arbeiterproduzenten!

Der Umsatz von 438 Genossenschaften betrug lediglich 71 309 000 Franken, ein im Vergleich zu der gesamten französischen Güterproduktion überaus geringer Betrag. Bedeutet man, daß die Genossenschaften in Frankreich außerordentlich von den Staats- und Kommunalbehörden stark begünstigt werden, so gehört nach diesen kläglichen Ziffern viel Optimismus dazu, in solchen Produktivgenossenschaften ein brauchbares Mittel zur Förderung der Arbeiterfrage zu erblicken.

Weltwirtschaftliche Forschung u. Belehrung

sind der Zweck der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, deren Gründung jetzt in Berlin erfolgt ist.

Die wissenschaftliche Erforschung von Problemen mit einer eminent praktischen Bedeutung soll dem deutschen Wirtschafts- und Handelsleben und der Handelspolitik selbst zugute kommen. Die neue Gesellschaft will Hand in Hand mit anderen bestehenden Korporationen, Instituten und Vereinen arbeiten an der Bekämpfung des weltwirtschaftlichen Verständnisses und der weltwirtschaftlichen Reife des deutschen Volkes. Sie soll auf wissenschaftlicher Voraussetzungslosigkeit fußen und unter Ausschaltung parteipolitischer Betätigung, die Vertreter der Wissenschaft und Praxis zu gemeinsamer nützlicher Arbeit vereinen. Bisher sind als Thematika für ihre Bearbeitung vorgeschlagen worden z. B.: das Weltzennyp-Porto, das Weltzennypproblem, die deutschen Staatsverträge auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Handelslebens, die Organisation und Technik des Handelsverkehrs, die Naturgeschichte des Weltverkehrs und das internationale Nachrichtenwesen.

Die Gründungsversammlung wurde von Geheimrat Professor van der Vorcht geleitet, der eingehend darlegte, daß die neue Gesellschaft einem bringenden Bedürfnisse entspreche.

Auch ein so eminent praktischer Mann wie Generaldirektor Wallin habe seine Sympathie mit den Bestrebungen der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht. Kein zufällig sei das Zusammenreffen der Gründung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Welthandel, die von rein industriellen Kreisen für die aller nächste Zeit geplant werde. Man strebe sich aber durchaus nicht gegenseitig gegenüber, sondern beide Gesellschaften müßten Hand in Hand arbeiten, da jede ein anderes Tätigkeitsgebiet habe und man sich so wirksam ergänzen könne.

Im Auftrage des Reichsmarineamts und des Staatssekretärs von Lippich sprach Geheimrat Roebner. Er begrüßte die Gründung der Gesellschaft, da die Idee der Weltwirtschaft heute für Deutschland kein Luxus mehr, sondern eine Lebensnotwendigkeit geworden sei nicht nur im eigentlichen wirtschaftlichen Sinn, sondern auch im Sinne der ganzen politischen und kulturellen Orientierung Deutschlands. Von der immer weiteren Verbreitung weltwirtschaftlicher Gedanken hängt die Zukunft auch der deutschen Flottenbestrebungen ab. Es gelte von der Weltpolitik, was Bismarck einst von der Kolonialpolitik gesagt hat, daß sie nur möglich sei, wenn sie getragen werde von einer starken national-ökonomischen Volkswirtschaft.

Die Gründung wurde sodann einstimmig beschlossen, ein vorgelegter Satzungsentwurf angenommen. Ein aus 21 Mitgliedern bestehender, zunächst provisorisch gewählter Vorstand wurde ermächtigt, sich mit der Deutschen Gesellschaft für Welthandel und mit dem Kieler Institut für Seerecht und Seefahrt in Verbindung zu setzen, um die Möglichkeit eines gemeinsamen Wirkens und der Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift zu beraten.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 23. Febr. (Wiederherauskunft des deutschen Kronprinzen.) Der Kronprinz ist vollkommen wieder genesen und hat seine Tätigkeit beim Generalstab wieder aufgenommen.

Berlin, 23. Febr. (Die Welfen.) Am Sonntag hat in Göttingen eine Versammlung von Welfen stattgefunden. Der welfische Reichstagsabg. Alpers glaubte Mitteilungen machen zu können über das Verhältnis des Hauses Cumberland zur welfischen Partei. Seine Ausführungen gipfelten in den Sätzen: Wir wissen uns in den Zielen unserer Partei eins mit allen Gliedern unseres welfischen Fürstentums. Auch der Brief des Herzogs Ernst August von Braunschweig an den Reichskanzler enthält nur eine Anerkennung des Bestandes Preußens an Hannover, aber keine Anerkennung des Rechtsandes, also auch keinen Verzicht auf Hannover. Selbst die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten am 13. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus ändert nichts an der Rechtslage. Gegenüber allen Dementiverfuchen erklärt die Zeitung der Deutsch-Dannoverschen Partei, vollbewußt ihrer Verantwortung vor den Hannoveranern und dem ganzen deutschen Volke: Der Herzog von Braunschweig hat seine Rechte auf Hannover nicht aufgegeben! Der Rechtszustand ist unverändert derselbe! Die den Rechtszustand vertretenden treuen Hannoveraner sind nicht, wie ihre Gegner jubelnd behaupten, im Stiche gelassen!

Berlin, 23. Febr. (Deutsche Militärinstruktoren für Paraguay.) Dem Beispiele Argentiniens und Boliviens, ihre Armeen durch deutsche Instruktoren reorganisieren zu lassen, ist, wie die „B. Z. u. N.“ schreibt, jetzt auch die Republik Paraguay gefolgt. Nach langen diplomatischen Verhandlungen zwischen dem deutschen auswärtigen Amt und der Republik sind sieben deutsche Offiziere als Instruktoren endgültig verpflichtet worden. Die